

und demokratische Überzeugung anderer Bewerber.“/32/

Es bleibt unverständlich, daß sich Kempner, einst selbst Opfer der Gringschen Polizeipraktiken, im Ergebnis seiner Betrachtungen dennoch für eine Bundespolizei ausspricht. Und dies, obwohl auch heute noch zahlreiche faschistische Polizei- und SS-Führer an den Schalthebeln des westdeutschen Polizeiapparates zu finden sind. Kempner gerät dabei, unversehens in die Gesellschaft jener Vlkerrechtsnihilisten, die die Forderung nach einer Bundespolizei auf ähnliche „Gründe“ stützen, mit der sie die „Notwendigkeit“ unterstellen, „daß wir eine schlagkräftige Bundeswehr brauchen.“/33/ So argumentiert beispielsweise der westdeutsche Kriminalhauptkommissar P o l l m a n n, der mit Genugtuung feststellt, daß „die Zeit“ ber die Dezentralisierungsverpflichtung „hinweggegangen“ sei. Schließlich versteigt er sich zu der ebenso demagogischen wie naiven Behauptung: „Heute.. haben die ursprünglichen Befürchtungen der Besatzungsmächte und der Politiker der ersten Stunde“, die Kriminalpolizei könne bei zentralistischer Ausrichtung wieder ein Machtinstrument in der Hand wahnsinniger „Grfaz“ werden, keine Daseinsberechtigung mehr.“/34/

Solche Auffassungen stehen, selbst im bürgerlichen Lager der BRD nicht unangefochten da. Noch allzu gegenwärtig sind die Auswirkungen der streng zentralistisch organisierten Diktatur des faschistischen deutschen Imperialismus auch auf beträchtliche Teile der Bourgeoisie. Deshalb erheben sich auch Stimmen, die vor den Bestrebungen, den Polizeiapparat weiter zu zentralisieren, ernsthaft warnen. Der juristische Experte der „Süddeutschen Zeitung“, Mll e r - M e i n i n g e n jr., schrieb am 5. November 1970 in seinem Blatt: „Eine Bundespolizei“ — alles hört auf mein, des Bundesinnenministers, Kommando — wäre ein nationales Unglück. Ein gebranntes Kind muß das Feuer scheuen.“

Was kann das Sofortprogramm bewirken?

Eis gibt in der BRD nicht wenige kompetente Persönlichkeiten, die offen daran zweifeln, daß eine zentralistische Struktur der Kriminalpolizei zur effektiveren Verbrechensbekämpfung fhrt. Der hessische Innenminister Strelitz erklärte am 4. November 1970 im Bundestag, daß selbst die Existenz einer kommunalen Kriminalpolizei „keine Hinderung im Sinne der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ bedeute. Und er fügte hinzu: „Wir kennen in unserem Lande keinen Fall, in dem es etwa dadurch an der Aufklärung einer Straftat gemangelt hätte, weil die kommunalen oder staatlichen Stellen nicht zusammengearbeitet hätten.“^/ Andere, wie beispielsweise Mll e r - M e i n i n g e n jr., weisen darauf hin, daß Personen-, Milieu- und Ortskenntnis in den meisten Bereichen der Kriminalität „sehr viel besser in den Händen der Regionalpolizei (sind).“/36/

Natürlich steht auch im kapitalistischen System die Struktur der Kriminalpolizei nicht beziehungslos zur Bekämpfung, insbesondere zur Effektivität der Aufklärung von Straftaten. In einem Land wie der BRD jedoch, wo die staatsmonopolistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Massenkriminalitt g e s e t z m  g hervorbringen, können nur solche Pro-

jekte der Verbrechensbekämpfung als wahrhaftig un- geeignet betrachtet werden, die den Hebel an der Wurzel der Verbrechensskalation ansetzen. Solche Projekte müßten vor allem darauf abzielen, die Macht und den Einfluß der Monopole zurückzudrängen und eine echte Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchzusetzen. Sie müßten das westdeutsche Kultur- und Bildungssystem von kriminogenen Inhalten wie Revanchismus, Chauvinismus, Neonazismus und anderen Arten der Menschenverachtung befreien. Sie müßten dem organisierten Neonazismus ein Ende setzen und den Organisationen demokratischer Kräfte, einschließlich der KPD, zu freier Betätigung verhelfen.

Von all dem findet sich im Sofortprogramm der Bundesregierung kein einziges Wort. Die weitere Zentralisierung und Perfektionierung des Polizeiapparates, die den Hauptinhalt des Sofortprogramms bildet, bedeutet in ihrer Ausschließlichkeit im Gegenteil eine Stabilisierung der sozialen Basis der bundesdeutschen Massenkriminalitt. Dies wäre nicht nur das objektive Resultat des Sofortprogramms, sondern ist offensichtlich auch subjektiv so gewollt. Dafür spricht u. a die Tatsache, daß ausgerechnet die berüchtigte Abteilung Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes den anteilmäßig größten Personal- und Machtzuwachs erhalten soll. In dieser Sturmabteilung gegen demokratische und andere nonkonformistische Bestrebungen soll im Bereich der sog. Spionagebekmpfung die Verschmelzung von „Ermittlungs- und Auswertungsttigkeit“ weiter vorangetrieben werden. Das bedeutet nichts anderes als die Effektivierung des politischen Spitzel- und Denunziantentums unter dem Deckmantel der Verbrechensbekämpfung. Bereits 1970 war der Personalbestand dieser sog. Sicherungsgruppe um 5 Prozent erhöht worden. In diesem Jahr nun soll sie laut Sofortprogramm von den für das Bundeskriminalamt vorgesehenen 155 neuen Beamtenplanstellen allein 46 erhalten./37/ Es geht also im Kern des Sofortprogramms keineswegs vorrangig um die Bekämpfung der konventionellen Kriminalität.

Bestandteil der staatsmonopolistischen „Konzeption der inneren Sicherheit“

Der reaktionäre Charakter des Sofortprogramms wird durch den Beifall unterstrichen, den es von den Kräften des Rechtsblocks erhielt. Ihnen ist der geplante weitere Eingriff in die Polizeihhe der Länder in Gestalt einer eigenen Ermittlungsgruppe des Bundeskriminalamtes allerdings noch zu wenig. Sie streben offen nach der Zentralisierung und Gleichschaltung des gesamten Polizeiapparates, um ihn vollständig in den staatsmonopolistischen Lenkungsmechanismus zu integrieren. Dabei nutzen sie die von ihnen jahrzehntelang selbst bewirkte Verbrechensexpllosion und permanente Verringerung der persönlichen Sicherheit der Bundesbürger skrupellos aus, um für ihre diktatorischen Maximen imperialistischer Polizeistaatlichkeit öffentlich Stimmung zu machen. Im Bundestag drohte der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und frühere Innenminister B e n d a den einzelnen Bundesländern unverhohlen mit einer weiteren Grundgesetzänderung im Sinne der Notstandsverfassung. Nach seinen Darlegungen „(können) die Länder die Zuständigkeit für das Polizeiwesen nur dann behalten, wenn sie sich selbst entschließen, die kriminalpolizeiliche Organisation auf Grund freiwilliger Absprachen einheitlich und wirkungsvoll zu gestalten.“/38/

Der wahre Hintergrund für die vom Rechtsblock an-

/32/ Kempner, „25 Jahre danach: Gedanken über die Polizei“, Die Polizei (Köln/Westberlin/Bonn/München) 1970, Heft 5, S. 138.

•33/ Pollmann, „Warum eigentlich keine Bundeskriminalpolizei?“, Kriminalistik (Hamburg) 1970, Heft 12, S. 607.

/34/ Pollmann, a.a.O.

/35/ Stenografischer Bericht über die 75. Sitzung des Bundestages vom 4. November 1970, S. 4220 11. (B).

/36/ Süddeutsche Zeitung vom 9. November 1970.

/37/ Vgl. Bundestags-Drucksache VI/1334, S. 12 und 7.

/38/ Vgl. Stenografischer Bericht über die 75. Sitzung des Bundestages vom 4. November 1970, S. 4204 (B).